

Jf 13.09.2021 – Wahlkampf 2021 und „Klima-Wahlkampf 2021“ (siehe auch GS 3-21)

Die Besonderheit des aktuellen Wahlkampfs wäre als erstes zu besprechen: Die amtierende Bundeskanzlerin tritt nicht mehr an und damit entfällt das gewichtige Argument des „Kanzlerbonus“. Was ist darunter zu verstehen? Zweitens treten diesmal drei Kanzlerkandidaten an; worum konkurrieren sie, welche Argumente führen sie für sich ins Feld, wie inszenieren sie sich? Daran anschließen würde sich die neue Argumentation der CDU, Scholz schließe eine Koalition mit der Linken nicht mehr aus – also das Stichwort „Richtungswahl“: ohne die CDU mit Laschet als Kanzler gäbe es einen Linksruck in Deutschland. Und es ist zu klären, inwiefern sich „Klimaschutz“ als *das* Sachthema dieses Wahlkampfes so gut eignet, wie argumentiert wird und was man dagegen ins Feld führen kann.

*

Wofür steht Merkel mit ihren 16 Amtsjahren?

— *Erstens dafür, wofür alle Regierungsfiguren standen: dass sie flächendeckend und unangezweifelt im Dienste der Nation die Herrschaft über das Land ausgeübt hat. Sie hat regiert und dadurch bewiesen, dass sie regieren kann. Das macht den Kanzlerbonus ganz prinzipiell aus. Merkel steht dafür, dass sie mit ihrer Sachlichkeit und Überparteilichkeit Deutschland durchaus respektabel vorangebracht hat. Sie ist damit ihrem Amt gerecht geworden und das zeichnet sie als Person aus.*

Dass sie 16 Jahre lang die Macht innehatte und als regierende Kanzlerin über die alltäglichen Lebensverhältnisse der Leute entschieden hat, macht also nicht allein den Kanzlerbonus aus, sondern dass das in eine besondere Qualität ihrer Person übersetzt wird: Die Qualität ihres Charakters. Die Position, in der sie über alle Mittel der Macht verfügen konnte, und der Erfolg, den sie mit ihrer Politik hatte, wird nicht einfach festgehalten als das Resultat der Exekution der Macht, sondern als ihre besondere Befähigung als Person, derart erfolgreiche Ergebnisse zu zeitigen. Diese Gleichsetzung von Amt und Person ist der Witz beim Kanzlerbonus. Der soll nämlich im Wahlkampf gerade dafür stehen, dass sie unbedingt weiterhin regieren muss. Das ist auch der Grund, warum Kandidaten, die einem amtierenden Kanzler den Posten streitig machen wollen, sich immer so schwer tun, auch wenn sie betuern, sie könnten das ebenso und hätten schon einschlägige Erfahrungen. Ihnen geht ab, dass die Ausübung der Macht der regierenden Figur als ihre besondere Qualität zugeschrieben wird.

— *Zur „Sachlichkeit“, die Merkel zugeschrieben wird: Das ist doch das Urteil der Öffentlichkeit. Aber was steckt da dahinter, denn es kann ja nicht nur das sein, dass sie wenig Gefühle zeigt? Sachlichkeit wird häufig in dem Zusammenhang genannt, wie sie sich in Europa durchgesetzt hat. Da steht „sachlich“ schlicht für den Erfolg in der Durchsetzung gegenüber anderen Ländern.*

„Sachlich“ heißt, dass sie die Sache der Nation exekutiert und nicht irgendwelche persönlichen Gesichtspunkte. Zu betonen ist hier das demokratische Ethos: Die Sache der Nation ist zugleich der Dienst der Herrschaft am Bürger. Diese Identität verkörpert Merkel. Das ist natürlich umso gelungener zu vermitteln, je erfolgreicher die Nation dasteht.

Merkel wird zudem bescheinigt, dass sie nicht nur kompetent in ihrem Job ist, sondern darin sachlich und auch der Wissenschaft verpflichtet ist. Das war das Argument in der Pandemie. Gelogen ist dabei, dass die Sachlichkeit darin bestünde, dass die Wissenschaft anzusagen hätte, was zu tun oder zu lassen ist. Es ist die Politik, die *sich* ihre Notwendigkeiten setzt, denen sie für den Erfolg der deutschen Nation nachkommen *will*. Das sind nicht einfach Tatsachen und Sachnotwendigkeiten, sondern Notwendigkeiten, die sich überhaupt nur daraus ergeben, dass man sich dem Zweck verpflichtet, Deutschland voranzubringen und sich in Europa durchzusetzen. Insofern ist es auch eine ziemlich unverschämte Gleichsetzung, wenn eine Politikerin sich dafür loben lässt, mit den von ihr selbst definierten Erfordernissen ihrer Herrschaftsausübung gut voranzukommen.

Die Selbstdarstellung eines regierenden Politikers, bei der er betont, es kommt ihm nicht auf

sich an, sondern er geht ganz auf im Dienst an der Nation, soll auch so verstanden werden, dass die Herrschaft recht eigentlich nichts anderes macht, als dem gerecht zu werden, was das Volk von ihr erwarten kann, also eigentlich einen Dienst am Volk leistet. Diese drei Punkte – der regierende Kanzler hat unter Beweis gestellt, dass er für die Ausübung der Macht gut geeignet ist, dass er kompetent in der Sache ist und dass es ihm um nichts anderes geht als dem Volk zu dienen –, diese idyllische Kennzeichnung einer Kanzlerschaft wird zum Argument gemacht, dass so jemand es automatisch verdient weiterhin zu regieren. Und in dem Sinne ist es für die CDU/CSU im Wahlkampf vom Ausgangspunkt her eine extrem blöde Situation, dass ihr als der Partei, die sich durch und durch als Regierungspartei versteht, jetzt der Ausweis ihrer Regierungsfähigkeit, die Kanzlerin mit ihrem Kanzlerbonus verloren gegangen ist.

*

Einen Kanzlerkandidaten mit Kanzlerbonus gibt es bei dieser Wahl nicht, dafür aber gleich drei Kanzlerkandidaten ohne Kanzlerbonus.

— *Deren Selbstdarstellung und Inszenierung geht darum zu zeigen, dass sie, ohne das Amt bisher ausgeübt zu haben, „Kanzler“ können. Sie sind jeweils als Person geeignet, die Macht im Staat zu übernehmen. An dem Punkt verweisen zumindest Laschet und Scholz darauf, dass sie durchaus schon als Machträger Erfahrungen haben, als Landesvater eines Bundeslandes oder als Minister in der jetzigen Regierung, quasi in der kleineren Version. Zur Macht soll sie also befähigen, dass sie schon Machtinhaber sind. Dem Wähler sagt der Kanzlerkandidat mit dieser Argumentation, dass er herrschen kann; dass er in der Lage ist, ihm Zwecke aufzuoktroymieren, die er dann verfolgen muss, und ihm zu diktieren, in welchem Rahmen er sein Leben zu leben hat. So erklären die Politiker den Bürgern, sie hätten ein Anrecht auf gute Herrschaft, das ist das Fazit von dem Ganzen.*

Das Bemerkenswerte an solch einer Ansprache an den Wähler ist, dass der Politiker ihm gegenübertritt im Bewusstsein eines ganz fundamentalen Unterschieds zwischen sich und den Leuten: Die, die gewählt werden wollen, bewerben sich für ein Amt, das von dem Gegensatz zu denen, die sie wählen sollen, lebt. Der Politiker empfiehlt sich damit, dass er bereit ist diese Art von „Verantwortung“ zu übernehmen, nämlich dem Rest der Menschheit Vorgaben zu machen bezüglich dessen, wie die ihr Leben auszurichten, womit sie zurecht zu kommen haben, welchen Pflichten sie nachzukommen und welchen Gesetzen sie zu gehorchen haben. Auf diesen Posten wird sich beworben mit dem Argument, dass man das kann – man hat es ja irgendwo schon mal praktiziert.

— *Dass ‚man es kann‘, soll heißen, dass es auch ganz im Sinne der Wähler ist, dass es eine Herrscherfigur gibt, die ihnen ganz sachgerecht das vorschreibt, woran sie sich zu halten haben. Den Wählern wird präsentiert, dass es ganz in ihrem Interesse ist, dass sie eine Herrschaft haben, die der Nation und damit ihnen gerecht wird.*

Man muss auseinanderhalten: Dass wir darauf aufmerksam machen, dass die Figuren mit ihrer Erfahrung im Herrschaftsausüben für sich werben und das versuchen madig zu machen, ist nicht der Klartext, den die Kandidaten sprechen. Bei den um die Wählergunst buhlenden Figuren hört es sich nie so an, dass sie den Wählern was antun wollen, sondern der Erfolg der Nation wird als die entscheidende ehrenvolle Aufgabe formuliert. Weil sie sich um ein wachsendes Deutschland kümmern müssen, haben sich darunter alle Anliegen des kleinen Mannes unterzuordnen. Das ist die verfremdende Art und Weise, wie sie ihre Regierungsabsicht beschreiben.

— *Sie wollen die Figur sein, die die Herrschaft ausübt und den Untergebenen per Gesetze vorschreibt, wie sie ihre Interessen verfolgen sollen. Aber sie tun so, als wenn umgekehrt das Volk nach Herrschaft rufen würde, was ja nicht der O-Ton des Volks ist.*

Ebenso ist auch der O-Ton der Politiker gerade nicht: wir wollen herrschen. Unterstellt ist – nur auf der Grundlage findet überhaupt die Werbung der Kandidaten für sich statt – der Inhalt des angestrebten Amtes steht fest und gar nicht zur Wahl. Die Politiker profilieren sich

als kompetente Figuren, ausgestattet mit dem passenden Charakter, um die feststehenden Ämter auszufüllen und den Nutzen Deutschlands voranzubringen. Da müssen sie überhaupt nicht über den Inhalt des Amtes sprechen. Aber in der Sache bewerben sie sich auf diese unsachliche Art darum, als Person mit der Macht ausgestattet zu werden, die das Regierungsamt ausfüllt. Dazu spiegelbildlich akzeptieren die Wähler ihrerseits unhinterfragt die feststehenden Notwendigkeiten des Amtes als solche, denen die Politiker gerecht werden müssen. Sie nehmen das als Voraussetzung dafür, dass sie als Wähler, die die Politiker mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben beauftragen, überhaupt vorkommen.

Die Politiker präsentieren sich als: Wenn sie den Notwendigkeiten der Nation nachkommen, leisten sie damit nicht nur einen Dienst an der Nation, sondern auch am Volk. Wie gehört dazu die ständige Selbstinszenierung der Politiker? Wie taucht das z.B. bei dem Kandidaten Scholz auf, dessen Hauptparole „Respekt und soziale Gerechtigkeit“ lautet?

— *Wenn ein Politiker „Respekt“ verlangt, geht er bei seinem Volk von Gegensätzen aus. Volk als abstrakter Begriff unterscheidet gerade nicht zwischen den Besitzenden und denjenigen, die von der Lohnarbeit leben müssen. Diesen Gegensatz unterstellt die Rede vom Respekt als fortdauernden und fordert, dass man respektvoller und gerechter mit dem Gegensatz umgehen muss.*

Wenn Scholz „Respekt“ und „soziale Gerechtigkeit“ verspricht, ist als Selbstverständlichkeit unterstellt, dass es im Volk und in dessen Indienstnahme für die Nation sehr unterschiedliche Abteilungen gibt. Die will er selbstverständlich als Politiker in Anspruch nehmen: Die ‚Wirtschaft‘ auf der einen Seite muss man fördern und auf der anderen Seite muss das Auskommen der Lohnabhängigen irgendwie ermöglicht werden. Ein Politiker wie Scholz ist sich darüber im Klaren, dass das Auskommen für die Abhängigen keine leichte Sache ist, und er verspricht als seine Leistung als zukünftiger Bundeskanzler, sie darin zu respektieren. Er will nicht nur die Leute verpflichten, gemäß seiner Vorgaben über die Runden zu kommen, sondern will – wissend um die Schwierigkeiten, die er ihnen damit aufhalst – ihnen dafür Respekt zollen.

— *Hält man ihm da nicht zu viel zugute, wenn man sagt, er wisse um die Schwierigkeiten? Er verwandelt die doch in etwas anderes: Respekt heißt, die Würde einer jeden Arbeit wertzuschätzen. Also gerade die Arbeiten, die überhaupt nicht wertgeschätzt werden. Damit ist doch das Materielle, also die Schwierigkeiten, die die Leute mit dem niedrigen Lohn haben, völlig draußen.*

Das ist doch gerade der Sachverhalt, mit dem die kleinen Leute sich – genauso wie alle anderen – Scholz’ Respekt verdient haben. Er nimmt das als lauter Lebenslagen, die für sich Respekt verdienen. Auf die Unterschiede bezieht sich Scholz so, dass er sagt, auch die kleinen Leute verdienen Respekt. Ein materielles Versprechen macht er ihnen nicht. Aber er will sich als Politiker darum kümmern, dass ihnen einerseits Respekt zukommt und sie andererseits unter dem sozialen Gesichtspunkt eine Unterstützung darin bekommen, mit ihrer Lage auch zurecht kommen zu können. Wenn jetzt der Strukturwandel ansteht, will er sich kümmern, dass sie Qualifikationen bekommen, um in der Lage zu sein, weiterhin an anderer Stelle ihre Dienste fürs Kapital abzuliefern.

— *Die Würde der Arbeit wertzuschätzen behauptet doch, die Qualität der Arbeit besteht in etwas Höherem. Damit sieht er doch gerade ab von dem Materiellen. Dass er das dann wieder zusammenschließt mit dem gesetzlichen Mindestlohn, ist seine ureigene sozialdemokratische Gemeinheit.*

Die Scholz’sche Ansprache ist eine, die bewusst *nicht* hinter dem Berg hält, in welcher Lebenslage sich die Angesprochenen befinden. Auf all die Herausforderungen – mit der Arbeit zurechtzukommen, eine Familie am Laufen zu halten, das Alter und auch noch ein Privatleben zu organisieren – also auf all das, wofür die Politik sorgt, wird positiv Bezug genommen. Der Witz ist ja, dass er davon ausgeht, dass sich daran auch nichts ändert, wenn er an die Regierung kommt. Das Einzige, was sich daran ändern wird, sagt er auch: Respekt und

Hilfestellung bei der Bewältigung der Herausforderung. Da wird also nichts „Materielles“ herausgestrichen.

— *Das Eigentliche ist doch, dass er sagt: jede Arbeit hat eine Würde, auch wenn es die letzte Drecksarbeit mit mieser Entlohnung ist, ich respektiere sie. Die Bürger können sich darin sicher sein, dass das, was ihnen zugemutet wird, von ihm als anzuerkennende Arbeit respektiert wird. So werden sie als würdevolle Beiträger zur Nation anerkannt. Dieser ideale Lohn ist eben nicht dasselbe wie z.B. früher die Forderung nach einem „gerechten“ Lohn.*

— *Deren Elendslage ist die dauerhafte Grundlage für seinen Respekt. Sonst käme man da nicht drauf. Der Respekt ist gewissermaßen die Gegenseite dazu, dass man um die Elendslage der Leute weiß. Gerade weil einer schlecht verdient, elendige Jobs, schlechte Arbeitsbedingungen hat, verdient er Respekt.*

Die Betonung muss auf der Art der Verwandlung liegen. Aus der Kenntnis der Lebenslage der Leute erfolgt die Beglückwünschung, dass sie es schaffen, damit zurechtzukommen. Scholz attestiert das den Leuten als respektable Leistung: Alles ist nicht einfach, aber die kriegen das glatt hin und dafür gebührt ihnen Respekt.

Dieser Zynismus gegenüber deren Lage, der Respekt, den er ihnen zollt, soll auch noch ein guter Grund dafür sein, dass sie ihm ihre Stimme schenken. Nur: ein Absehen vom Materiel- len ist das nicht. Zu der Respektbezeugung kommt ja noch hinzu, dass Scholz soziale Lagen vorstellig macht und verspricht, die bei seiner Politikgestaltung zu berücksichtigen; z.B. beim Thema Klima: Pendler und Krankenschwestern auf dem Land, die unbedingt ein Auto brauchen. Da stehen neben der zynischen Respektbezeugung durchaus praktisch gemeinte Überlegungen, mit Maßnahmen wie Mindestlohn und Pendlerpauschale die Lebenslagen der Leute an den „Strukturwandel“ anzupassen, den er für die Schlüsselindustrie für nötig befindet. Die Hauptstoßrichtung unserer Aufklärung besteht darin, klarzumachen, was für eine gesellschaftliche Normalität bei so einer Selbstinszenierung als Kanzlerkandidat unterstellt wird, und was man über die Normalität aus ihren Werbeargumenten entnehmen kann.

— *Als ein Politiker, der diese Normalität für die Leute die letzten 4 Jahre mit hergestellt hat, nimmt er die jetzt als Sachlage und leitet davon das Recht der Leute auf soziale Betreuung ab. Das zeigt, dass er ein Bewusstsein davon hat, dass die Leute mit ihrer Lage ohne den Staat nicht zurecht kommen. Darum will er sich kümmern, wenn er an der Regierung ist. Er will die Lage aber nicht verändern oder verbessern, sondern er bekundet Verständnis für die Schwierigkeiten und will sich darum kümmern, sie aushaltbarer zu machen. Das ist der Zynismus daran.*

Insofern ist Scholz fast lehrbuchhaft Wahlkämpfer: Einerseits spielt er immer darauf an, dass er in den letzten Jahren erfolgreich Politik gemacht hat. Merkel tritt zwar nicht mehr an, aber er, der ja quasi auch regiert hat, hat das als Vizekanzler bereits unter Beweis gestellt. Auf der anderen Seite hat er für alles, was möglicherweise Anlass für Unzufriedenheit ist, vollstes Verständnis, weil er ja *bloß* Vizekanzler gewesen ist. Jetzt stellt er in Aussicht, dass er als Kanzler alles in Zukunft viel besser machen wird. Beide Seiten macht er zum Werbeargument für sich.

*

Zum Stichwort *Selbstinszenierung*: Jeder weiß, dass es bei Fernsehveranstaltungen wie dem TV-Triell darauf ankommt, dass sich die Bewerber möglichst vorteilhaft präsentieren, damit ihnen der Wähler seine Stimme schenkt. Dass es dabei auf eine bestimmte *Sorte* Präsentation ankommt, darüber täuscht sich auch keiner. Aber was wird da von den Wählern verlangt, die sich das als Argument, denjenigen zu wählen, einleuchten lassen sollen?

— *Er soll denken: Wer mit seiner Inszenierung am glaubwürdigsten rüber kommt, der verdient es, meine Stimme zu kriegen.*

— *Vom Wähler ist verlangt, dass er ganz Staatsbürger ist, also sich die Frage vorlegt, wem traue ich zu, dass er es am besten macht. Bei dem ist die ganze Politisierung unterstellt, nämlich, dass der Politiker die Nation und damit auch sein Wohl voranbringen soll.*

Welchem Politiker traut er es zu, das am glaubwürdigsten zu vertreten. Das Kriterium der Glaubwürdigkeit ist der Vergleich des Wählers, seine Vorstellung darüber, wie Probleme geregelt gehören und die Erfolge der Nation erreicht werden sollen.

Mit der Frage der Selbstinszenierung sind wir schon eine Stufe weiter. Da bezieht sich die Inszenierung des Kanzlerkandidat auf den Wähler, der diese beurteilen soll. Der durchschaut das inszenierte Theater als Heuchelei, vergleicht und bildet sich ein Urteil darüber, wie gelungen die einzelnen Kandidaten das betreiben. Da wird dem einen Kandidaten zugutegehalten, dass er in seiner Inszenierung glaubwürdiger ist als der andere, und das soll ihn als geeigneten Kanzlerkandidaten auszeichnen.

Vielleicht kann man es auch von den schon genannten Kategorien her überlegen, also: Glaubwürdigkeit, Zutrauen und Vertrauen. Bei der Wahl wird der Wähler umworben als einer, der mit seiner Stimme darüber entscheidet, wer demnächst die einschlägigen Positionen im Staat besetzt. Was zugleich einschließt, dass – sobald er seine Stimme abgegeben hat – sich jegliche Art von Einfluss bei dem, was dann an Politik gemacht wird, auch wieder erledigt hat. Der Wähler ist damit konfrontiert, dass jemand etwas für die Zukunft verspricht, worauf er als Wähler nach der Wahl keinen Einfluss mehr hat. Deshalb stellt sich überhaupt die Vertrauensfrage. Sind das bloß schöne Versprechungen oder kann man glaubwürdig darauf setzen, dass der gewählte Politiker nach der Wahl auch dafür sorgt, dass man selbst tatsächlich nicht unter die Räder kommt? Nur so kommt das Bedürfnis zustande, die Selbstinszenierung der Kanzlerkandidaten danach zu beurteilen, ob man ihnen das *abnehmen* und glauben kann.

— *Was sie inszenieren, ist die Fähigkeit, das Volk zu führen, Herrschaft auszuüben. Dabei wollen sie das Bild von sich abgeben, dass sie für alle nur das Beste wollen. Diese Heuchelei beurteilt der Wähler unter dem abstrakten Gesichtspunkt, welcher Person kann ich abnehmen, dass sie zu meinem Besten regieren wird. Dass sie das wollen und durchsetzen können, das müssen sie als Person glaubwürdig rüber bringen. Die Kriterien dieser Beurteilung sind daher z. B., ob Laschet sich gegen Scholz durchsetzen kann oder ob Baerbock wirklich bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Inszenierung der Glaubwürdigkeit in der Frage, welcher Person ich zutrauen kann, dass sie über mich die nächsten vier Jahre regiert, geht nur über die Darstellung der Person. Auf die Verwechslung, die der Wähler da vornimmt, kommt es an: welchem Politiker traue ich zu, dass er beim Regieren zum Wohl der Nation auch zu meinem Wohl regiert.*

*

— *Die Presse beurteilte den Wahlkampf lange als langweilig, weil die Kandidaten sich kaum voneinander unterscheiden würden. Als Grund dafür gab sie an, die Parteien wollen alle Volkspartei sein, mit jedem koalieren können und deswegen komme es kaum zu inhaltlichen Differenzen. Dagegen hält Merkel, es sei keinesfalls egal, wer regiert, denn Scholz sei nicht regierungsfähig, weil er mit den Linken zusammengehen wolle und dann gäbe es Kommunismus. Die Frage nach der Koalition eröffnet eine neue Ebene der Konkurrenz. Der Fokus wird nicht auf die Parteiprogramme gelegt und auch nicht auf die Personen, sondern auf die Feinde der Demokratie. Und da keiner mit der AfD koalieren will, wird die gar nicht als der Volksfeind thematisiert. Sondern die SPD vergreift sich am Volk, wenn sie mit der Linken koalieren möchte.*

Das ist eine gewisse Zuspitzung des Wahlkampfes. Die kommt auch daher, dass Laschet angemahnt wurde, er müsse jetzt eine Trendumkehr für sich herbeizaubern. Er pocht nun darauf, dass es mit der SPD zu einer Koalition mit der Linken kommen könnte und eine linke Regierung ja auf jeden Fall verhindert werden muss.

— *Behauptet wird, mit einer Linkskoalition würde ein Systemwechsel von Scholz eingeleitet. Scholz wird damit als Feind der Demokratie diffamiert. Mit der Linken hätte man Kommunismus und das will keiner.*

Das ist eine Sorte Diffamierung, die darauf baut, dass man in einem gewissen Umfang mit

einem Erschrecken vor Sozialismus oder Kommunismus Punkte machen kann. Interessant ist, sich zu überlegen, was Scholz als Kommunismus zur Last gelegt wird. Da fallen Argumente wie: Wenn Scholz nicht durch die CDU gebremst wird, dann geht er den Weg in die Staatsverschuldung. Bei einem Staat, der sich gerade zu hunderten Milliarden verschuldet hat, soll es plötzlich der Weg in den Untergang sein, Schulden zu machen. Das wird gleichgesetzt damit, er setze die Nation aufs Spiel und ruiniere die Wirtschaft. Man kann es auch umgekehrt lesen: Für Laschet sind alle Notwendigkeiten des Wirtschaftswachstums heilig, die jede Staatsverschuldung rechtfertigen, umgekehrt folgt für ihn: für irgendein soziales Anliegen Schulden zu machen ist Kommunismus.

— *Sie werfen Scholz vor, mit der Linken koalieren zu wollen, dabei wolle diese Partei aus der Nato austreten und sei nicht für Auslandseinsätze der Bundeswehr zu haben. Dagegen hält Scholz, das alles ginge mit ihm gar nicht und das seien seine unverrückbaren Eckpunkte.*

Zur Sortierung: Falsch war der Gedanke vorhin, Scholz werde vorgeworfen, ein Feind der Demokratie zu sein. Das trifft nicht die Auseinandersetzung. Im zweiten TV-Triell haben sie sich z. B. wechselseitig versichert, die AfD als Rechtsaußen gehöre nicht zu den demokratischen Parteien, man selber aber schon. Gleichwohl wird Scholz ein prinzipieller Vorwurf gemacht: wenn er an die Regierung kommt, vergeigt er das Schicksal der Nation und in diesem Sinne steht eine prinzipielle Entscheidung an. Entweder man ist für Laschet, d.h. für die Nation oder man ist für Scholz, d.h. womöglich links und damit gegen die Nation. Das wird *nur* so spiegelbildlich begründet. Laschet ist gut für die bürgerliche Mitte, die steht dafür, dass es der Wirtschaft gut geht und Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nachkommt. Damit wird dem Willen des Volkes entsprochen und die Nation kommt voran.

Bebildert wird diese zirkuläre Argumentation – wir sind die Mitte und die anderen sind das Schlechte, nämlich links – mit den schon genannten Argumenten: Die wollen sich verschulden und Vorschriften machen – als ob Laschet keine Schulden machen will. Er wird auch nicht aufhören, Gesetze zu entwerfen und beschließen zu lassen. Aber das soll für die Grundsatzenscheidung stehen, die die CDU damit auf die Tagesordnung setzt. Ihr Weg ist der einzige Weg, die Nation voranzubringen. Alles andere blamiert sich daran und ist deswegen eine Gefährdung der Nation, auf deren Erfolg es ja wohl absolut ankommt. Mit einer potentiellen Gefahr für das Wohl der Nation wird vor einem angeblichen Richtungswechsel gewarnt.

— *Aber wenn es Laschet nur darum ginge, Scholz eine hohe Verschuldung und ein Vorschriftenwesen vorzuhalten, dann bräuchte er nicht den Verweis auf dessen Koalitionsbereitschaft mit der Linken. Diese Bereitschaft steht für die Gefährdung der Nation durch Scholz. Davon getrennt stehen die Punkte „Verschuldung und Vorschriften“ dagegen für „schlecht regieren“.*

Man kann beides getrennt würdigen. Aber es ist schon eine Steigerung in der Diffamierung. „Schulden und Vorschriften“ ist typisch für „links“ und „links“ geht ja wohl gar nicht. Die Koalitionsbereitschaft mit der Linken ist eine zusätzliche Denunziation, die unterstreichen soll, dass das die Nation ins Unglück stürzt. Da wird die Gefahr eines NATO-Austritts genauso als Argument angeführt, wie die Verschuldung und die Bevormundung der Bürger. Diese Art von Steigerung arbeitet mit derselben Stoßrichtung, Beides wird klassifiziert als das Vergehen am Erfolg der Nation. Auf diesen Übergang kommt es Laschet an, sowohl beim Vorwurf der Verschuldung und des Vorschriftenwesens als auch bei dem des Koalierens mit der Linken. Er will eine neue Qualität von Angriff, die Scholz als eine nicht mehr respektable Alternative fürs Kanzleramt vorstellig macht. Er sei dafür völlig ungeeignet, weil er nicht im Sinn der Nation das Amt führen würde, sondern lauter Sachen in Angriff nähme, die der Nation nicht gut bekommen.

Wenn Vorbehalte der Linken gegen die NATO zitiert werden, hat das also die gleiche Qualität, wie Schulden und Vorschriften machen. Beides steht für das eine: Es ist die Warnung vor einem Aspiranten, der die Nation vergeigt, und nicht davor, dass er ein Feind der Republik

wäre.

— *Dazu gehört auch der Vorwurf, die SPD wäre schon immer auf der falschen Seite gestanden. Sämtliche SPD-Kanzler hätten deswegen immer der Republik geschadet.*

Dieser Vorwurf fasst das gut zusammen: Immer, wenn es um die zentralen Entscheidungen für die Nation ging, hätte die SPD auf der falschen Seite gestanden. Erst einmal ist es der Versuch von Laschet, so etwas wie eine Richtungswahl zu inszenieren. Vielleicht fällt ihm das auf die Füße, weil keiner Scholz einen solchen Richtungswechsel zutraut. Scholz kontert ja auch: Er verstehe die Vertreter der Schlüsselindustrien viel besser als Laschet und sei mit denen im Gespräch. Er sei also eigentlich der bessere Vertreter der Wirtschaftsinteressen. So gibt er nüchtern zurück, was Laschet da zu inszenieren versucht. Laschet probiert, aus der Wahl „Laschet oder Scholz“ eine Richtungswahl zu machen und Scholz versucht, das an sich abprallen zu lassen.

Hinsichtlich der anstehenden Fragen der Nation zelebrieren *alle* Parteien eine bemerkenswerte Einigkeit: Die Wirtschaft ist voranzubringen, die Digitalisierung zu bewältigen und der Klimaschutz mit Tempo zu versehen. Keiner der Kandidaten möchte auf sich sitzen lassen, dass er davon abweichen oder etwas anderes ins Werk setzen will. Das war schließlich die kongeniale Antwort der SPD-Politiker auf den Vorwurf, sie hätten immer auf der falschen Seite gestanden. Das müssen sie sich von einem Herrn Laschet nicht sagen lassen, dass sie nicht um das Wohl der Nation und Deutschlands bemüht waren.

*

— *Zentrales Thema der aktuellen Wahl ist der Klimaschutz. Dieses Thema eignet sich besonders gut als Wahlkampfthema, weil mit Klimapolitik der technologische Fortschritt der Wirtschaft und damit die erfolgreiche Durchsetzung der Nation auf dem Weltmarkt verfolgt wird.*

Das ist der *Inhalt* der Klimapolitik. Für den Wahlkampf ist es aus einem anderen Grund ein geeignetes Thema. Da wird thematisiert, dass hier eine Katastrophe gemanagt werden muss, für die – wie so oft – „die Menschen“ verantwortlich sein sollen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Daher brauche es verantwortungsvolle Politiker, um die Menschen dazu anzuhalten, sich dem zu fügen, was zur Bewältigung der Katastrophe notwendig ist.

Im Wahlkampf haben alle Sachthemen die gleiche Qualität: Das Wichtige daran ist, dass sich ein Auftrag an die Politik formulieren lässt, die Verantwortung zu übernehmen, hier auch noch für ein Problem, das der Einzelne angesichts der Tragweite überhaupt nicht in den Griff kriegen kann.

Die Aspiranten präsentieren sich als Politiker, die jeweils am besten wissen, was in Sachen Klimaschutz notwendig ist. Dabei sind sich alle einig, dass Klimaschutzpolitik nicht zum Nulltarif zu haben ist. Daher ist es Bestandteil der Verantwortung eines Politikers, dem Bürger klar zu sagen, dass er mit steigenden Energiepreisen zu rechnen hat. Gegen den politischen Konkurrenten spricht, wenn der nicht klar sagt, welche Kosten auf die Leute zukommen. Einig sind sich alle, dass Klimaschutzpolitik sein muss, und jede Partei kann klar formulieren, welche Maßnahmen sie für nötig erachtet. Zu Zeiten des Wahlkampfes geht es nicht um die Sache, hier die Energiewende, sondern die wird zum Material für *den Politiker*, der über sie redet und darüber sich in Konkurrenz zu anderen als verantwortungsvoller Politiker präsentiert – als läge es in der Sache selbst, dass es verantwortungsvolle Personen braucht und zwar Politiker, die dem Volk ehrlich sagen, was auf es zukommt.

*

Die „*Grünen*“ stellen erstmals einen eigenen Kanzlerkandidaten, denn es ist ihnen wichtig, sich als eine moderne Volkspartei zu präsentieren, die für die ganze Bandbreite des Regierens die kompetenten Macher stellen kann. Ihr historischer Ausgangspunkt war einst die Vertretung eines speziellen politischen Anliegens, nämlich die Politik dafür zu kritisieren, zu wenig auf die Umwelt zu achten. Den Status „Protest- oder Ein-Punkte-Partei“ zu sein, haben sie nun überwunden. Heute kennen sie kompetente Lösungsvorschläge für alle Probleme

der Nation und unterstreichen mit einem eigenen Kanzlerkandidaten, dass sie willens und in der Lage sind, diese Politik im Kanzleramt zu betreiben. Sie drehen den „Kanzlerbonus“ gewissermaßen um: Weil sie bisher nicht die Macher waren, sind sie unbelastete, moderne, auf die Zukunft orientierte Macher. Auch eine Weise, von jeder Sachfrage zu abstrahieren.

Die typische Argumentation einer Oppositionspartei ist es, den anderen vorzuwerfen, nach veralteten Konzepten gehandelt zu haben oder eben gar nichts gemacht zu haben, weil sie die Probleme nicht erkannt hätten, und darum wäre es jetzt höchste Zeit. Das ist auch der Vorwurf der Grünen.

— *Dieser Vorwurf ist falsch und ignorant, denn natürlich haben die regierenden Politiker gehandelt, sind in Sachen „Klimapolitik“ tätig geworden, so wie sie es für richtig erachteten haben. Der Vorwurf will sich nicht mit dem beschäftigen, was sie gemacht haben und warum, also welche Zwecke sie jeweils verfolgen.*

Dieser Vorwurf bezieht sich auf alle Unzufriedenheiten im Land und will in der Oppositionspartei – hier den Grünen – eine Alternative anbieten, ohne die konkrete Unzufriedenheit ihrem Inhalt nach würdigen zu müssen. Er greift die vorhandene Unzufriedenheit so auf, dass die Zwecke der Politik, wie das Wohl der deutschen Nation, die Unterordnung aller Zwecke unter die Notwendigkeiten eines Wirtschaftswachstums oder der Durchsetzung der eigenen Macht in der Welt selbstverständlich bejaht und deshalb als Gründe zur Unzufriedenheit gar nicht ins Auge gefasst werden. All das wird ersetzt durch die Behauptung, dass Unzufriedenheiten ausschließlich wegen fehlender oder falscher Politik zustande kommen.

Das Antikritische bei demokratischen Oppositionsparteien ist die Verpflichtung jeder Kritik auf dieses grundsätzlich positive Urteil, dass Politik von kompetenten Politikern gemacht, Gutes bewirkt. Und bei der nächsten Wahl entscheidet man sich wieder für irgendeinen Kandidaten in der Hoffnung, dass der weniger Fehler macht. An der Politik selbst kann es jedenfalls nicht liegen, wenn Unzufriedenheit vorliegt.

— *Die Grünen versprechen, mit ihnen gibt es einen „klimagerechten Wohlstand“, sie würden Ökologie und Ökonomie verbinden. Sie verweisen darauf, dass die Wirtschaft schon viel weiter mit dem klimagerechten Produzieren sei, als die aktuelle Politik. Angekündigt ist, dass das von den Leuten eine ganze Menge abverlangt, es aber nur so Wohlstand gibt.*

Das Bemerkenswerte an dem Begriff des „klimagerechten Wohlstands“ ist, dass die Grünen damit ihren alten Standpunkt – die Sorge um die Umwelt sei ein Einwand gegen Wirtschaftswachstum – beseitigen. Sie reihen sich damit in das allseits durchgesetzte Urteil ein, dass für das Klima nichts so wichtig ist, wie eine neue Wirtschaftsförderung, damit die Wirtschaft mit regenerativen Energien die neue Zukunft Deutschlands durchsetzt. Nach dieser Seite ist keine inhaltliche Differenz zu den anderen vorhanden. Stattdessen landen sie bei dem typischen Oppositionsargument, die anderen haben es nicht gescheit angegangen. Und wenn sie jetzt nicht drankommen, ist alles zu spät. Das ist ihr Argument für die „Richtungswahl“, die jetzt angeblich ansteht.

*

Der nächste Termin findet am **11. Oktober 2021** statt, das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekannt gegeben.